

# Der Hug-Bericht wurde hart kritisiert

Autor(en): **Reinmann, Eduard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **47 (2000)**

Heft 3

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369236>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lebhafte und informative Generalversammlung der IG ZS 200X

# Der Hug-Bericht wurde hart kritisiert

**Dr. Peter Hug, Historiker und Experte für Rüstungskonversion und im Auftrag des Generalstabes der Schweizer Armee Verfasser eines arg umstrittenen Gutachtens über die den Sinn oder Unsinn von Dienstpflichten aus ökonomischer Sicht, hatte an der Generalversammlung der IG ZS 200X in Ostermundigen keinen leichten Stand. Seine Theorien wurden als nicht tragfähig qualifiziert und es wurden Zweifel an der Wissenschaftlichkeit seines Gutachtens laut.**

EDUARD REINMANN

Die Wahl von Peter Hug als einem von drei Referenten habe im Vorfeld der Generalversammlung einigen Wirbel ausgelöst, sagte IG-Präsident Peter Gisler. Er will jedoch am Bericht Hug nicht nur Negatives sehen. Das Gutachten habe aufgerüttelt, der Zivilschutz sei im Gespräch und man besinne sich wieder vermehrt auf dessen positive Seiten. Gerade in jüngster Zeit habe sich der Zivilschutz hundertfach bewährt, und er werde nicht nur deshalb eingesetzt, weil er da sei (nach Auffassung von Peter Hug), sondern weil er wirklich gebraucht werde. «Wir von der IG ZS 200X vertreten ganz klar die Interessen des Zivilschutzes, und das ist unser demokratisches Recht», betonte Gisler. Unter diesem Aspekt verstehen er und viele Mitglieder der IG nicht, weshalb zum Bundesamt für Zivilschutz (BZS) ein eher gespanntes Verhältnis besteht. Auch das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) schalte auf stur, berichtete Gisler weiter. Anfragen würden schon gar nicht beantwortet.

Anders sieht es laut Gisler bei den eidgenössischen Parlamentariern aus. Auf ein entsprechendes Schreiben habe eine ganze Anzahl von ihnen ein klares Bekenntnis zum Zivilschutz abgelegt. Eine weitere Parlamentarier-Aktion sei in Vorbereitung. Gisler: «Wir werden bei jenen aktiv, die letztlich über das Leitbild des zukünftigen Bevölkerungsschutzes entscheiden. Wir verstehen uns als Lobby für den Zivilschutz, sind jedoch nicht der Meinung, der Zivilschutz müsse ein Eigenleben führen. Aber er soll gleichberechtigt mit den anderen Partnern in den neuen Bevölkerungsschutz integriert werden.»

## Es braucht ihn doch

Moderiert von Gerhard Baumgartner, Leiter des regionalen Kompetenzzentrums Ostermundigen, sprachen drei Referenten aus ihrer Sicht über die Zukunft des Zivilschutzes im Bevölkerungsschutz: Peter Röstli, Kreisleiter Berner Oberland und Koordinator für die Lawineneinsätze im Kanton Bern, Kurt Steiner, Chef der Kantonalen Feuerwehr Zürich und Mitverfasser des Berichtes «Feuerwehr 2000 plus», sowie Dr. Peter Hug, Historiker und Experte für Rüstungskonversion. Peter Röstli, der Mann von der Front, stellte seine Ausführungen unter den Titel «Vorbereitung ist der Schlüssel zum Erfolg». Er erinnerte an die grosse Zunahme von Naturkatastrophen innert weniger Jahre und zeigte anhand der Erfahrungen des Lawinenwinters auf, wo der Zivilschutz während dieser anhaltend kritischen Zeitperiode in vielfältigster Weise gefragt war: In der Chaosphase, bei den Aufräumarbeiten und Wiederinstandstel-

lungen sowie bei überörtlichen Einsätzen. «Praktisch jeder Aufgabenbereich, der dem Zivilschutz zugedacht ist, kam während des Lawinenwinters auch zum Tragen», sagte Röstli. In trockenen Zahlen: Allein im Kanton Bern kamen im Jahr 1999 bei 379 Zivilschutzeinsätzen 10 261 Personen mit insgesamt 50 873 Personentagen zum Einsatz. Solche Tatsachen müssten insbesondere auf politischer Ebene publik gemacht und kommuniziert werden, forderte Röstli. Denn aus diesen Praxiserfahrungen leite sich das zukünftige Anforderungsprofil ab. Für ihn ist es klar, dass die Feuerwehr nicht alles allein bewältigen kann. Die Feuerwehr brauche Ablösung, Verpflegung und Unterkunft und sie müsse reetablieren können. Röstli: «Wir wollen mit der Feuerwehr zusammenarbeiten und einander akzeptieren.»

## Kanton Zürich weit voran

Kurt Steiner, im Wissen um die Brisanz des Berichtes «Feuerwehr 2000 plus», beleuchtete das Papier aus einer etwas anderen Optik. Der Bericht gehe von sehr unterschiedlichen Leistungsstandards in den Kantonen aus und deshalb seien in ihm minimale Anforderungen formuliert. Im Kanton Zürich sei das Konzept «Feuerwehr 2000 plus» praktisch bereits umgesetzt. Konkret: Innert zehn Jahren wurde die Zahl der Feuerwehr-Eingeteilten von 27 000 auf 11 000 herabgefahren. Es entstanden regionale Zusammenschlüsse, die in der Regel identisch sind mit den Zivilschutz-Zusammenschlüssen. Wo immer auch im Kanton Zürich ein Alarm ausgelöst wird, können innerhalb einer Stunde 300 bis 600 Feuerwehrleute auf dem Platz



«Wer informiert ist, kann auch mitreden», war der Tenor an der Generalversammlung der IG ZS 200X.



Über ihre Vorstellungen von der Zukunft des Zivilschutzes sprachen von links: Peter Hug, Peter Röstli und Kurt Steiner.

FOTOS: E. REINMANN

sein. Dass dies selten der Fall ist, zeigt die Statistik. Bei über 11 000 Feuerwehr-Einsätzen wurden nur in drei Dutzend Fällen über 50 Eingeteilte benötigt. Bei nahezu der Hälfte der Einsätze genügten eine bis drei Personen.

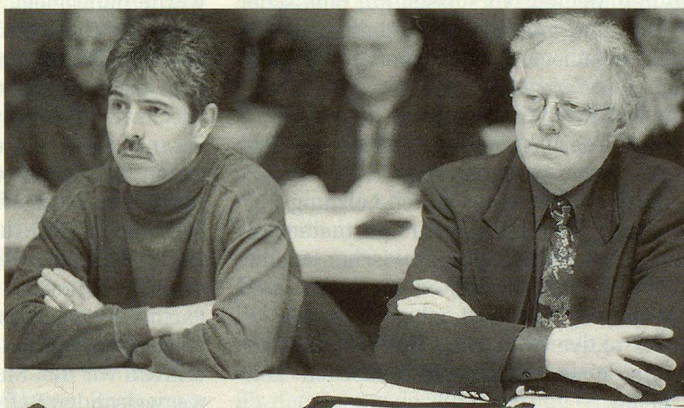
«Trotzdem gibt es Situationen, in denen der Partner Zivilschutz benötigt wird», sagte Steiner. Es geht vor allem um die Rettungszüge. Im Kanton Zürich wird deshalb die Rettung regionalisiert, indem Rettungs-Detachements geschaffen und einem Feuerwehr-Stützpunkt (es gibt im Kanton Zürich deren zwölf und ein kantonalen) zugeteilt werden. Ein Stützpunkt Rttg Det ZS muss immer innert einer Stunde einsatzbereit sein und gemeinsam mit der Feuerwehr oder selbständig agieren können. In einem Rttg Det sind 92 Eingeteilte, gegliedert in drei Rettungszüge und eine Logistikgruppe. Mit Nachdruck wies

Steiner jedoch darauf hin, dass die Verhältnisse im Kanton Zürich ganz anders sind als anderswo im Land und dass deshalb das Zürcher Modell nicht ohne weiteres kopiert werden könnte. «Bei uns gehen keine Lawinen nieder», sagte Steiner.

### Hug: «Ich bin Theoretiker»

Er sei Theoretiker, schränkte Peter Hug gleich zu Beginn seiner Ausführungen ein. Er distanzierte sich zudem von Zeitungsberichten, in denen die aus seinem Gutachten zu ziehenden Schlüsse in wohl eher einseitiger Weise dargestellt wurden. Hug: «Ich habe diese Berichte nicht autorisiert.» Ihm ging es darum, die volkswirtschaftliche Effizienz zugunsten der menschlichen Sicherheit auszuleuchten. Das war auch sein Auftrag als Mann der Wissenschaft. Marktpreis und rechtlicher Zwang stünden

in einem Spannungsverhältnis zueinander, sagte Hug. Das gelte auch für die Wechselbeziehung von Verursacherprinzip und Schadensverwaltung. Hug: «In der Schweiz wird zu stark auf rechtlichen Zwang gesetzt.» Hug's Anliegen ist ein aufgeklärter und sanfter Bevölkerungsschutz mit Aufbau einer umfassenden Präventionstätigkeit. Ihm schwebt eine «absolute Begrenzung der Gefahrenpotentiale vor – auch jener mit geringer Eintretenswahrscheinlichkeit.» So zu lesen im von ihm mitverfassten 1987 erschienenen Buch «Schutzplatz Schweiz». In der Podiumsdiskussion stand vor allem Hug im Mittelpunkt. Seine Kostenvergleiche zwischen Feuerwehr und Zivilschutz wurden widerlegt. Hug musste sich die Frage gefallen lassen, wie er als Theoretiker dazu komme, praktische Aussagen zu machen. Die Wissenschaftlichkeit seines innert Monatsfrist abgelieferten Berichtes wurde stark angezweifelt. Es wurde ihm zudem vorgeworfen, er sehe nur die ökonomische Seite, jedoch nicht die menschlichen Werte. Dazu Hug: «Das sind hohe Werte, und ich wäre sofort bereit, darüber zu diskutieren.» Es wurde Hug auch angelastet, dass er über die Entwicklung im Bereich Zivilschutz/Feuerwehr/Bevölkerungsschutz offenbar nicht auf dem aktuellen Wissensstand ist. Und zur Frage, wie es mit seinem Bericht nun weitergehe, konnte er nur eine vage Antwort geben. Hug hat seinen Auftrag erfüllt, er hat seine Schuldigkeit getan. ▢



Neu im Vorstand der IG ZS 200X: Otto Hediger, Murten (links), und Martin Gfeller, Lyss.

## Kommentar

Soll man Peter Hug zu den notorischen Armee- und Zivilschutzgegnern zählen oder ihn als weltfremden Idealisten links liegen lassen? Beides trifft zu, aber beides trifft nicht den Kern der Sache. Der 45jährige Historiker ist – so erlaube ich mir, ihn zu beurteilen – vor allem Pragmatiker philosophischer Ausrichtung, der die Begriffe Wahrheit und Wert im Sinne der Wirksamkeit, Anwendbarkeit und Nutzbarkeit versteht und ihnen Bedeutung nur im Hinblick auf ihre praktische Bewährung durch das menschliche Handeln zuschreibt. Diese Sichtweise engt ein, und deshalb greifen viele seiner Überlegungen und Argumente zu kurz. Man kann ihm das nicht einmal zum Vorwurf machen. Dr. Peter Hug ist aber auch ein intelligenter, blitzgescheiter Mensch, und als solcher müsste er – ganz pragmatisch – sein eigenes Tun selbstkritisch überdenken und gewissermassen «von höherer Warte aus» beurteilen können. Das tut er nicht. Diese Unterlassungssünde muss er als Vorwurf auf sich sitzen lassen. Das Gutachten von Peter Hug hat eklatante Schwachstellen. Es ist Sache des Auftraggebers, also des Generalstabes, diese zu erkennen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Hoffen darf man immer, obwohl Zweifel angebracht sind. Um nicht beim Grundsätzlichen zu bleiben und damit die Kritik heraufzubeschwören, Hug werde pauschal abgeurteilt, nur zwei Beispiele:

Erstes Beispiel: Nach dem letztjährigen Lawinenwinter leisteten Zivilschützer viele zehntausend Personentage Arbeitseinsatz,

um Folgeschäden zu beheben. Hug vertritt die Meinung, diese Arbeiten hätten auch ortsansässige Unternehmen leisten und damit erst noch Arbeitsplätze schaffen und zusätzliche Wertschöpfung erreichen können. Diese Argumentation ist irrig, ja geradezu naiv. Ein Unternehmer, der wegen eines Schadenereignisses, das sich vielleicht während vieler Jahre nicht mehr wiederholen wird, seine Infrastruktur und den Personalbestand massiv heraufführt, kann den Konkurs gleich anmelden. Praktiker wissen, wie schwierig es oft ist, bei Schadenlagen kurzfristig Unternehmer mobilisieren zu können. Zweites Beispiel: Hug hat Zahlen über den Personalbedarf von Armee, Feuerwehr und Zivilschutz errechnet, die auf den ersten Blick stichhaltig wirken. Ihre Schwachstelle ist lediglich die, dass sie flächendeckend für die ganze Schweiz gelten. Es wird nicht berücksichtigt, dass Ereignisse schwerpunktmässig auftreten und dass allein schon aus diesem Grund Personalreserven erforderlich sind. Es wäre alles ganz einfach, wenn man bei einem Grossbrand in Zäziwil einen Feuerwehr-Löschzug von Chur und einen zweiten von Basel an den Ort des Geschehens schicken könnte. Und ein Ereignis wäre problemlos zu bewältigen, wenn man von einem Tag auf den anderen einige hundert Zivilschützer aus der Stadt Zürich ins Berner Oberland abordern könnte. Aber ganz so einfach ist das nicht. Das sollten auch jene bedenken, die aus dem Hug-Gutachten bereits wieder politisches Kapital zu schlagen versuchen. Eduard Reinmann